

Kieler Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse:
„Tageblatt“, Kiel.

Amtsblatt

Preis pro Heft
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Kiel.

Nr. 215.

Donnerstag, 13. September 1900, Abends.

58. Jahrg.

Das Kieler Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Vorzahlung in den Expeditionen in Kiel und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Vorzahlung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg. Kaugeld-Kassette für die Nummer des Ausgabeblatts bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langner & Winterlich in Kiel. — Geschäftsstelle: Raismarktstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Kiel.

Die Aufstellung des Montirungsgerüsts zur Brücke über den Hafen in Südborn an der Kreuzungsstelle mit der Kieler-Strehlaer Staatsstraße hieselbst soll demnächst unter Verlesung einer letzten Verlesungshöhe von 3,50 m und einer Breite von 7 m erfolgen. Es wird dies wegen der eintretenden zeitweisen Einschränkung der Verkehrshöhe zur öffentlichen Kenntlich gebracht.

Großenhain, am 12. September 1900.

Königliche Amtshauptmannschaft.

2515 G.

J. B. Schmidt.

Die Gemeindeanlagen auf den 3. Termin dieses Jahres sind baldigst, längstens aber bis zum 1. Oktober c. an die Stadtkasseneinnahme abzuführen.

Kiel, am 12. September 1900.

Der Rath der Stadt Kiel.

Boeters.

Rbl.

Derliches und Sächliches.

Kiel, 13. September 1900.

Nach längerer Ferienpause hielt das Stadtverordneten-Kollegium unter Vorsitz seines Vorsitzers, Herrn Amtsgerichts-Rendant Hofst., am Dienstag Nachmittag 6 Uhr wieder eine öffentliche Sitzung ab, welcher 11 Mitglieder und zwar die Herren Romberg, Eisenreich, Feldner, Richter, Romberg, Schneider, Schönherr, Starke, Thälhelm, Hoff und Träger anwohnten. Entschuldigt waren ausbleiben die Herren Braune, Hammitzsch, Koschel, Müller und Lehmann, unentschuldigst Herr Schüpe. Als Rathspatruillier wohnte Herr Bürgermeister Boeters der Sitzung bei. Zur Beratung und resp. Beschlußfassung gelangten nachfolgende Gegenstände:

1. Nach vorhergegangenen Verhandlungen zwischen dem Reichsmilitärminister und dem Herrn Bürgermeister Boeters als Vertreter der Stadtgemeinde Kiel bezüglich der Schießanlagen zu den Bunker-Kasernen, Artillerie-Depot- und Garnison-Wärderei-Neubauten ist man unterm 13. Juli d. J. unter Vorbehalt der Genehmigung der kaiserlichen Regierung zu einer Vereinbarung gekommen, nach welcher der Bau der Anlage seitens und auf Kosten des Militärs und zwar innerhalb des bezeichneten Bunkerareals unter Berücksichtigung der umliegenden südlichen Terrains hinsichtlich deren Entwässerung erfolgen soll und derselbe die Unterhaltung der Anlage auf die Dauer der ersten zwei Jahre übernimmt, während nach Verlauf dieser Frist die Unterhaltung an die Stadtgemeinde übergeht. Der Bauanschluß, wie der Garnisonausfluß haben unterm 18. Juli dem Rathe diese Abmachung zur Genehmigung empfohlen und der Rath hat unterm 30. Juli dieselben im Wesentlichen genehmigt. Kollegium wird ersucht, sich diesem Rathbeschlusse anzuschließen. Bürgermeister Boeters giebt zu diesem Gegenstande noch eine längere eingehende Erläuterung unter Klarlegung aller einschlägigen Verhältnisse, worauf Kollegium nach kurzer Debatte dem Rathbeschlusse einstimmig Zustimmung erteilt.

2. In dem Kasernenamt am Weidauer Wege hat sich in dem Gebäude der Geschirrkammern die Reparatur des Wandputzes und das Ausweihen der drei Geschirrkammern, in den Ställen das Ausweihen derselben und das Streichen der Stallstreu notwendig gemacht, während im Kasernenamt des 32. Artillerie-Regiments sich in den Ställen das Ausweihen der Ställe und der Anstrich der Fenster als notwendig herausgestellt hat. Auf Antrag der Königl. Garnisonverwaltung sind diese Arbeiten während der Wandzeit zur Ausführung gebracht. Der Bau- und der Garnisonausfluß haben die Ausführungen empfohlen und zu den erstbezeichneten eine Nachveranschlagung von 1500 Mk. in Vorschlag gebracht, während die zu den letztbezeichneten Ausführungen erforderlichen, mit 2370 Mk. veranschlagten Aufwendungen aus den Ueberschüssen des Vorjahres gedeckt werden sollen. Der Rath ist diesen Beschlüssen beigetreten, auch Kollegium stimmt denselben einstimmig zu.

3. Durch den Tod des Bezirksvorstehers Herrn Rentier Glöckner macht sich die Wahl eines anderen Bezirksvorstehers notwendig. Kollegium bringt hierzu dem Rathe in Vorschlag die Herren Photograph-Werner sen., Buchdruckerbetriebsbesitzer Langner und Kaufmann Rehner. Ferner wurden an Stelle des Herrn Wagnermeisters Müller sen., dessen Mandat als Bezirks-Vorsteher im Monat Juli abgelaufen ist, dem Rathe zur Wahl empfohlen die Herren Wagnermeister Müller sen., Kaufmann Kleising und Obitbesitzer Eduard Thoma.

4. Die Rechnungen a. der Armenkasse, b. der Anlagenkasse auf das Jahr 1899 werden ohne Debatte richtig gesprochen. Bezüglich der letzteren ist zu bemerken, daß dieselbe ein recht günstiges Resultat aufzuweisen hat. Während im Voranschlage der Betrag von 128 856 Mk. vorgezogen war, hat sich eine Einnahme von 136 546 Mk. ergeben, so daß ein Betrag von 6890 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen gewesen ist.

5. Die unter dem Restanten-Regulativ stehenden Arbeiter Emil Ras und Handarbeiter Gustav Curde werden, da sie ihre Abgabenerste bezahlt haben, gemäß den bez. Rathbeschlüssen aus dem Restanten-Regulativ gestrichen. Dagegen wird der Kaiser

Emil Richter als Abgabenerste gemäß dem dahingehenden Rathbeschlusse unter das Restantenregulativ gestellt. Nach Erledigung der Tagesordnung führt

6. Stadt. Romberg aus: In Versammlungen wie in der Presse sei man vielfach bemüht gewesen, industrielle Unternehmungen für unsere Stadt zu gewinnen. An Rathsstellen hätten diese Bemühungen jederzeit Unterstützung gefunden und trotzdem sei bis jetzt kein Erfolg zu verzeichnen. Auf Wunsch vieler wolle er auf diese Angelegenheit zurückkommen und den Rath ersuchen, möglichst selbst die Sache in die Hand zu nehmen. Im Laufe der letzten Jahre seien an vielen Orten Erfolge erzielt worden, nur in Kiel nicht. So habe z. B. Strehla einen großen Zuwachs an Industrie gehabt und ein großes Objekt sei wieder unterwegs. Wir hätten bereits in diesem Jahre einen Steuerausschlag und es sei die Aussicht vorhanden, daß derselbe später sich noch erhöhen werde. Wir müßten bestrebt sein, Steuerkräfte zu gewinnen; das aber könne nur geschehen durch Heranziehung von Industrie. Die etwa zu bringenden Opfer würden wir nicht zu bereuen haben. Für Militärbauten hätten wir bedeutende Aufwendungen gehabt, warum sollten wir solche nicht auch für die Industrie bringen? Es heiße immer, es gäbe kein billiges Land. Man wäge doch das an Mergendorf und Poppitz angrenzende Areal aufzuschließen, dort werde das Land billig sein. Die Besitzer hätten doch auch Interesse daran und würden das Land für billiges Geld hergeben. Durch Gleitanschluß lasse sich hier ein großes Terrain aufschließen. Rehner erachtet den Rath, die Sache zu behandeln.

Bürgermeister Boeters: Der Rath habe bei jeder Gelegenheit, die sich geboten, Verhandlungen aufgenommen, besonders bei Nachfragen nach Areal, in jedem Falle aber seien dieselben an den Arealverhandlungen gescheitert. Dadurch, daß die Bank für Industrie und Handel ein bedeutendes Areal erworben habe, sei man in der Sache jedenfalls einen Schritt vorwärts gekommen. Die Bank werde das Areal nicht tot liegen lassen, sondern jedenfalls mit Unternehmern in Verbindung treten. Es scheine ihm, als wolle Herr Romberg den Erwerb von Areal in Vorschlag bringen, um dasselbe Unternehmern zur Verfügung zu stellen. Der Gleitanschluß hänge zusammen mit dem Zohnhofen und lege noch im Projekt. Das an Poppitz und Mergendorf angrenzende Areal befinde sich in einer Anzahl Händen, ein Ankauf seitens der Stadt sei bedenklich, das Stammvermögen dürfe nicht zu Spekulationen verwendet werden. In Strehla gäbe es größere Areale, die sich nur in einzelnen Händen befänden, dazu der billige Preis von 50 bis 75 Pfg. pro qm, da halte er den Ankauf seitens der Gemeinde für richtig. Rehner bemerkt schließlich, der Rath sei stets bemüht, die Sache zu unterstützen und Verhandlungen aufzunehmen und wiederholt, er hoffe, daß durch Ankauf des Areals seitens der Bank in dieser Sache ein großer Schritt vorwärts gehen ist. St. Romberg: Es circulierte in der Stadt das Gerücht, die Bank habe von dem erworbenen Areal einen bedeutenden Theil an den Staat verkauft; ob dies auf Wahrheit beruhe, wisse er nicht. Die Annoncen in den Blättern, betreffend Arealnachfrage, seien geprüft worden und dabei habe sich ergeben, daß unter ihnen solche von hiesigen Speculanten sich befänden. Der Preis des Areals betrage übrigens jetzt in Strehla 1 Mark bis 1 Mark 25 Pfg. pro qm. Sein Vorschlag richte sich nicht auf den Erwerb sämtlicher oder einen größeren Theil der unteren Ländereien, sondern nur um Erwerb eines solchen zur Herstellung eines Gleitanschlusses. Vielleicht lasse sich auch leichter etwas erzielen, wenn die Stadt Erwerbungen auf Altdorf in die Wege setzen würde. Bürgermeister Boeters: Von einem Arealverkauf seitens der Bank an den Staat sei ihm nichts bekannt. Daß unter den Annoncen fingehe gewesen seien, wolle er nicht sagen, diejenigen, auf die der Rath eingegangen sei, hätten keinem Speculanten entstammt. Den jetzigen Arealpreis in Strehla gäbe er ohne Weiteres zu. Der Ankauf der an Poppitz und Mergendorf angrenzenden Parzellen sei ungeheuer schwierig, da dieselben sämtlich nur aus kleinen Streifen beständen. Zur Herstellung einer Gleitanlage siehe der Stadt das Recht zu, event. das Expropriationsverfahren anhängig zu machen. Stadtr. Schneider: Die Stadt bewirthe die Stadt Ritter-

gut selbst, dasselbe habe auch Ländereien, die sich zur Aufschließung eignen. Es sei dies möglichst in Erwägung zu ziehen. Bürgermeister Boeters: Die Ländereien des Rittergutes seien sämtlich den Ueberschweimmungen ausgesetzt, bis auf die Spitze des Czerylesplatzes und deshalb zur Aufschließung für Wohnungszwecke nicht geeignet. Stadt. Romberg will unter den von ihm als fingirt bezeichneten Annoncen nicht sämtliche, sondern nur einige davon gemeint haben. Stadt. Richter hält, wie schon früher, das untere Areal für Fabrikanlagen am geeignetsten. Der Erwerb werde aber immer schwieriger, da immer neue Erwerbungen stattfinden. Wenn Fabriken auf der Höhe zu stehen kämen, würde das bei der herrschenden Minderlichkeit nachtheilig sein für die Bewohner der Stadt. Das untere Land sei zu haben zum Preise von 1 Mk 50 Pfg. bis 2 Mk. pro qm und daher billiger als das obere. Die Wohnungsverhältnisse anlangend, so müßten kleinere Wohnungen zum Preise von 40 bis 50 Thaler geschaffen werden. Wenn auch dadurch nicht bedeutende Steuerzahler herangezogen würden, so doch ein bedeutender Konsum. Stadt. Starke schlägt die Wahl eines Verkehrs-ausschusses vor, der die Verpflichtung übernimmt, die Sache zu behandeln. Bürgermeister Boeters dankt den Herren Romberg und Starke für ihre Anregungen und verspricht, die Sache im Auge zu behalten.

7. Stadt. Träger montirt das Ueberhängen niedriger Baumwege aus verschiedenen an den Straßen liegenden Grundstücken in die Fußwege, wodurch der Fußverkehr, besonders bei Regenwetter, in unangenehmer Weise gestört wird. Herr Bürgermeister Boeters sagt Abhilfe dieser Verhältnisse zu.

Hierauf nach Botierung und Vollziehung des Protokolls Schluß der Sitzung.

Wir machen alle Hausbesitzer sowie alle Haushaltungsvorstände nochmals darauf aufmerksam, daß von diesem Jahre ab zu den Hausfluren, laut Ausführungs-Verordnung des Königl. Ministeriums, auf schriftlich gestellten Antrag seitens der einzelnen Hausbesitzer Einzelzinsen ausgegeben werden, wenn die Haushaltungsvorstände solche beantragen. Ist der Antrag bis zum 20. dieses Monats bei der Gemeindebehörde nicht gestellt, findet er keine Berücksichtigung. Eine rege Benutzung der neuen Einrichtung ist sehr anzuerkennen. (Vergl. Beschr. Rath in No. 205 d. Bl.)

Nach einer im „Amtsbl. d. Reichspostamt“ veröffentlichten Bekanntmachung hat das Reichspostamt zur weiteren Erleichterung des privaten Telegrammverkehrs mit den Angehörigen der deutschen Truppen und Kriegsschiffe in Ostasien mit den bestehenden Kabelgesellschaften Vereinbarungen getroffen, wonach Sammeltelegramme mit Privatnachrichten in offener Sprache, die täglich einmal zwischen zwei dazu bestimmten amtlichen Stellen in Deutschland und Ostasien ausgetauscht werden, gegen eine ermäßigte Gebühr befördert werden sollen. Im Einzelnen wird über die Benutzung dieser Einrichtung folgendes bestimmt: 1. Für Privattelegramme in offener Sprache aus Deutschland an Angehörige der in Ostasien stehenden deutschen Heeres- und Marinehelle wird fortan nur die Hälfte der tarifmäßigen Gebühr (unter Aufrundung der Summe auf einen durch fünf theilbaren Pfennigbetrag) erhoben, sofern der Absender durch den Berner „Feldtelegramm“ vor der Aufschrift zum Ausdruck bringt, daß die Nachricht in das nächste Sammeltelegramm aufgenommen werden soll. 2. Auch für die von den deutschen Heeres- und Marineangehörigen in Ostasien durch Vermittelung der Truppenthelle und Kriegsschiffe ausgelieferten Feldtelegramme in offener Sprache nach der Heimath wird nur die Hälfte der tarifmäßigen Gebühr (unter Aufrundung der Summe auf einen durch fünf theilbaren Pfennigbetrag) erhoben. 3. In der gleichen Weise wie die Angehörigen des Heeres und der Marine nehmen auch die Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege an den vorgeschriebenen Erleichterungen theil. 4. Auf den Verkehr mit den auf der Uebersahrt nach Ostasien befindlichen Kriegsschiffen und Truppentransportschiffen finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Obgleich zunächst ein weiterer Bedarf an Offizieren für das ostasiatische Expeditionscorps nicht vorliegt, wird doch eine Liste aufgestellt, welche die Namen derjenigen Offiziere enthält, über die bei plötzlicher eintretendem Bedarfe ohne vorherige